

Online-Texte der Evangelischen Akademie Bad Boll

## Dir fortschreitende soziale Polarisierung unserer Gesellschaft

Ein Blick in das Jahr 2025

*Ulrike Herrmann*

### Ein Beitrag aus der Tagung:

Arbeit, Leben und Leistung neu denken

Bad Boll, 30. November – 1. Dezember 2012, Tagungsnummer: 250312

Tagungsleitung: Esther Khun-Luz

---

### Bitte beachten Sie:

Dieser Text ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers/der Urheberin bzw. der Evangelischen Akademie Bad Boll.

© 2013 Alle Rechte beim Autor/bei der Autorin dieses Textes

Eine Stellungnahme der Evangelischen Akademie Bad Boll ist mit der Veröffentlichung dieses Textes nicht ausgesprochen.

Evangelische Akademie Bad Boll  
Akademieweg 11, D-73087 Bad Boll  
E-Mail: [info@ev-akademie-boll.de](mailto:info@ev-akademie-boll.de)  
Internet: [www.ev-akademie-boll.de](http://www.ev-akademie-boll.de)

# Dir fortschreitende soziale Polarisierung unserer Gesellschaft

Ein Blick in das Jahr 2025

*Ulrike Herrmann*

Die Zukunft wird rosig, so scheint es.

Spätestens 2025 wird Vollbeschäftigung herrschen. So sagen es die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit voraus.

Der Grund ist eine Katastrophe, die keine Katastrophe ist: die sogenannte „demografische Katastrophe“.

Viele Alte verlassen den Arbeitsmarkt und wechseln in die Rente – während kaum noch Junge nachwachsen.

Um dies in Zahlen auszudrücken: Im Jahr 2025 werden 6,5 Millionen weniger Erwerbsfähige zur Verfügung stehen als heute.

Zum Teil lässt sich dieser Schwund kompensieren: indem die Produktivität der Wirtschaft wächst, indem mehr Mütter arbeiten – und indem es Zuwanderung gibt.

Aber selbst wenn jährlich 100.000 Menschen nach Deutschland ziehen und mehr Frauen berufstätig sind – es werden 2025 immer noch 3,5 Millionen Menschen weniger auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Und damit hört der Trend ja nicht auf: 2050 werden schon 12 Millionen fehlen.

Das ist ein beispielloser Wandel. Ein wahrhaft historischer Einschnitt.

Die Frage ist: Was bedeutet dies für die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Politik?

Um mit dem Einfachsten anzufangen: Das Betreuungsgeld, von der CSU so hartnäckig erkämpft, wird schon bald wieder verschwinden. Selbst in Bayern wird auffallen, dass es schlicht ineffizient ist, wenn Mütter einzelne Kinder zu Hause betreuen – während gleichzeitig überall Arbeitskräfte fehlen. Auch in Bayern wird man daher auf die naheliegende Idee verfallen, dass am besten alle Mütter arbeiten, während ihre Kinder die Kitas besuchen.

Auch erfreulich: Die Löhne werden steigen. Wenn Vollbeschäftigung herrscht, werden die Arbeitgeber um jeden einzelnen Beschäftigten konkurrieren – und höhere Gehälter zahlen.

Es ist also etwas bizarr, dass panische Eltern jetzt ihre Kinder schon ganz früh Englisch oder

Chinesisch lernen lassen, damit sie später auch ja einen Arbeitsplatz finden. Dieser Nachhilfe-Stress ist völlig überflüssig. Jedes auch nur halbwegs willige Kind wird eine Stelle finden.

Die Eltern übertragen also ihre eigenen Ängste auf ihre Kinder: Weil die jetzigen Erwachsenen noch davon bedroht sind, ihre Stelle zu verlieren – gehen sie wie selbstverständlich davon aus, dass dieses Schicksal ihren Kindern blüht. Noch übersehen sie den demografischen Wandel.

Aber schon bald, in wenigen Jahren, wird dieser Wandel für jeden offenkundig sein. Dies wird auch die Bildungsdebatten verändern. Noch kämpft ja gerade die Mittelschicht vehement dagegen, dass aus den Gymnasien Gesamtschulen werden – obwohl jede Pisa-Studie wieder zeigt, dass die Kinder zu früh getrennt werden und viele Kinder nicht richtig gefördert werden.

Aber noch beharrt die Mittelschicht auf dem Gymnasium, damit ihre Kinder bessere Konkurrenzbedingungen hat. Es ist erwünscht, dass die Unterschicht keine Chance hat, einen gut bezahlten Arbeitsplatz zu ergattern. Denn noch gelten diese Stellen ja als knapp.

Wenn aber jeder Erwerbsfähige gebraucht wird, dann wird sich der Blick auf die Unterschichten verändern. Ob Migranten oder die sogenannten „Bildungsverlierer“ – man wird alles tun, um sie zu integrieren. Man wird sie fördern und fordern, wird ihren Sprachfortschritt schon ab dem frühesten Alter kontrollieren.

Man könnte es auch eine „Militarisierung der Bildung“ nennen. Niemand wird zurückgelassen – aber es muss auch jeder funktionieren.

Damit kommen wir aber auch zu einer Kehrseite dieser freudigen Zukunft: In einer Welt, in der eigentlich Vollbeschäftigung herrscht, wird Arbeitslosigkeit nicht mehr toleriert.

Wenn jemand keinen Job findet – sei es aus psychischen, gesundheitlichen oder sonstigen Gründen –, dann wird er die ganze Erbarmungslosigkeit dieser neuen Vollbeschäftigungsgesellschaft erleben. Schon jetzt wird Arbeitslosigkeit gern als individuelle Schuld betrachtet – dieser Trend wird zunehmen. Wer 2025 keine Stelle hat, wird als Schwächling und als fauler Versager gelten.

Das wird abgestraft. Durch sinkende Zuwendungen in der Sozialhilfe und bei der Arbeitslosenversicherung.

Kurz: Arbeitslosigkeit wird zur ultimativen Schande und gnadenlos stigmatisiert.

Zudem ist die Armut ja nicht aus der Welt, nur weil es Vollbeschäftigung gibt. Die Armut wird sich verlagern. Sie wird deutlich älter werden.

Heute sind vor allem die Arbeitslosen arm, während die meisten Rentner heute gut versorgt sind. Das wird sich verschieben. Denn viele Rentner von morgen sind die Arbeitslosen von heute, die nur wenig und mit Unterbrechungen in die Rentenkassen einzahlen konnten.

Im Jahr 2025 werden also die verbliebenen Arbeitnehmer gut verdienen – während viele Rentner arm sind.

Dies verschiebt auch die politischen Debatten. Beispiel Grundeinkommen. Bisher ist es ja so konzipiert, dass davon vor allem die arbeitsfähige Bevölkerung profitieren soll. Dafür wird es 2025 keinen Bedarf und keine Toleranz geben. Was soll ein Grundeinkommen, wenn jeder Arbeitsfähige gebraucht wird – und im Job auch deutlich mehr verdienen kann?

Gleichzeitig wird aber die Frage zunehmen, wie man die armen Alten mit einer angemessenen Grundsicherung versorgen kann. Es wird also um ein Grundeinkommen für Rentner gehen.

Soweit ich bisher beobachten kann, ist aber diese demografische Verschiebung bei den Fans des Grundeinkommens noch nicht angekommen. (Morgen kommt ja Adrienne Göhler, leider habe ich einen anderen Termin und kann nicht dabei sein. Aber ich glaube, es würde sich lohnen, die demografischen Veränderungen mit ihr zu diskutieren.)

Bisher ist in der Gesellschaft also überhaupt noch nicht angekommen, wie viel die sogenannte „demographische Katastrophe“ verändern wird. Nur eine einzige Facette dieses Wandels wird immer wieder beschworen: Ängstlich wird auf den Bereich Pflege und Gesundheit gestarrt. Dahinter steht die Frage: Wer schiebt meinen Rollstuhl, wenn ich alt bin?

Da kann Entwarnung gegeben werden: Natürlich ist es eine Herausforderung, wenn viele Menschen gleichzeitig alt sind. Aber es wird noch genug Junge geben, um die Pflege zu stemmen.

Wieder wird es vor allem eine Frage von finanziellen Prioritäten sein: Man wird Pfleger und Pflegerinnen deutlich besser bezahlen müssen, wenn man genug von ihnen finden will.

So weit zu den Veränderungen bis zum Jahr 2025. Aber der Vortrag hatte ja noch eine zweite Überschrift: Es sollte um die „zunehmende Polarisierung in der Gesellschaft“ gehen.

Also um Arm und Reich, die momentan immer schneller auseinander driften. Wird sich dies in den nächsten Jahren ändern?

Die Antwort ist „komplex“, wie man so schön sagt. Um die Zukunft zu verstehen, muss man die Gegenwart kennen.

Und in dieser Gegenwart ist zu beobachten: Die Mehrheit verliert.

Die Mittelschicht schrumpft, während die Unterschicht größer wird.

Das kann man sogar messen. Ich nenne Ihnen jetzt ein paar Zahlen, die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung stammen, das jährlich 12.000 Haushalte befragt.

Dieser Datensatz ist übrigens einmalig in der Welt – und wird auch international sehr stark genutzt.

Dabei kommt heraus: 1998 zählten noch 64,3 Prozent der Bevölkerung zur Mittelschicht.

Zehn Jahre später, 2008, waren es nur noch 58,7 Prozent.

Das lässt sich auch in Köpfen ausdrücken: 2008 gehörten 47,7 Millionen Bundesbürger der Mittelschicht an. Das waren 4,6 Millionen weniger als 1998.

Fast niemand von diesen Menschen ist aufgestiegen, die meisten sind abgestiegen.

2008 gehörten schon 22,5 Prozent zu den sogenannten „einkommensschwachen Haushalten“. 1998 waren es erst 17,7 Prozent.

Wahrscheinlich fragen Sie sich jetzt, zu welcher Schicht Sie zählen – und ob Sie tatsächlich zur Mittelschicht gehören.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung zählt zur Mittelschicht, wer zwischen 70 und 150 Prozent des mittleren Nettoeinkommens hat – und ich halte diese Definition für sehr plausibel.

Umgerechnet bedeutet dies - damit Sie gleich sehen können, zu welcher Schicht Sie gehören:

Ein Single gehört zur Mittelschicht, wenn er zwischen 1.130 und 2.420 Euro im Monat netto zur Verfügung hat. Da sind die Sozialabgaben und die Steuern also schon abgezogen.

Bei einer Familie mit zwei kleinen Kindern sind es zwischen 2.370 und 5.080 Euro netto im Monat.

Wer diese Zahlen hört, ist häufig zunächst empört. Gerade Singles regen sich auf. Was das denn für eine schwachsinnige Statistik sei, wenn man mit einem Nettoeinkommen von 2.500 Euro im Monat schon zur Oberschicht zähle!

Das ist jedoch kein Fehler der Statistik, sondern die logische Konsequenz aus der Spaltung in unserer Gesellschaft: Je reicher die wirklich Reichen werden, desto weniger gehört dazu, zu den Reichen zu zählen, weil ja gleichzeitig das mittlere Nettoeinkommen tendenziell sinkt.

Warum aber steigt die Mittelschicht ab?

Es ist ganz schlicht: Die Reallöhne sinken, während die Firmengewinne explodieren.

Nochmal ein paar Zahlen: 2009 verdienten vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer im Durchschnitt 2.922 Euro im Monat – brutto. Das waren 118 Euro mehr als 2006 – oder ein Plus von vier Prozent. Doch da ist ja die Inflation noch nicht eingerechnet. Und sie lag bei sechs Prozent. Real haben die Arbeitnehmer also etwa zwei Prozent verloren.

Was an diesen Zahlen so besonders auffällig ist: Selbst im Boom steigen die Reallöhne nicht mehr. Sie werden sich erinnern: Zwischen 2005 und 2008 gab es in Deutschland einen relativ starken Aufschwung. Doch von diesem Wachstum kam bei den Arbeitnehmern gar nichts an – es profitierten allein die Kapitaleigner, die Firmenbesitzer und Aktionäre.

Es ist ein historisch völlig neues Phänomen, dass die Reallöhne sogar im Boom nicht mehr steigen. Das ist einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik – und auch einzigartig in Europa.

In keinem anderen Industrieland geht die Schere zwischen Arm und Reich so schnell auseinander wie in Deutschland, wie die OECD ermittelt hat.

Natürlich gibt es immer noch Länder, in denen es deutlich ungerechter zugeht als in der Bundesrepublik – etwa Mexiko oder Portugal. Umgekehrt gibt es auch Gesellschaften, die egalitärer sind – dazu zählt vor allem Skandinavien.

Doch das Besondere an Deutschland ist die Geschwindigkeit, mit der die Mittelschicht schrumpft.

Dieser Trend dürfte sich bis 2025 wieder leicht umkehren: Wenn jeder Arbeit hat, dann werden viele aus der Unterschicht wieder in die Mittelschicht aufsteigen.

Gleichzeitig dürften die Reallöhne steigen, wenn Vollbeschäftigung herrscht.

Allerdings – und das ist ganz wichtig: Selbst wenn die Löhne steigen, ändert sich nichts an der Verteilung der Vermögen. Und sie ist extrem in Deutschland.

Deutschland nennt sich zwar offiziell eine „soziale Marktwirtschaft“, doch tatsächlich ist der Reichtum bei wenigen Familien konzentriert.

Allein das oberste eine Prozent, also das reichste Hundertstel, besitzt bereits 23 Prozent des gesamten Volksvermögens. Wahrscheinlich sind es sogar ein Drittel, aber Genaues weiß man nicht.

Die obersten 5 Prozent haben 46 Prozent, das reichste Zehntel kommt bereits auf knapp 62 Prozent.

Da können Sie sich leicht vorstellen, dass für den großen Rest nicht mehr viel übrig bleibt. Die unteren 70 Prozent kommen auf ganze 9 Prozent des Volksvermögens, die unteren 50 Prozent sogar nur auf 1 Prozent.

Die Unterschichten haben sowieso keinen Besitz, sondern meist Schulden – aber auch bei den Mittelschichten ist nicht viel vorhanden.

An dieser extrem ungerechten Vermögensverteilung wird sich bis 2025 nichts ändern. Denn sie ist politisch gewollt – und zwar ausgerechnet von den Mittelschichten.

Denn die Mittelschicht schrumpft zwar, aber mit 58,7 Prozent stellt sie immer noch die breite Mehrheit der Wähler. Faktisch hat die Mittelschicht sogar noch mehr Macht, weil die Unterschicht meist gar nicht erst zu den Urnen geht.

Die Mittelschicht entscheidet jede Wahl. Was die Parteien auch genau wissen. Sie alle versuchen, die sogenannte „Mitte“ anzusprechen. Die SPD kämpft um die „neue Mitte“, und die jetzige schwarz-gelbe Regierung ist zur Wahl angetreten mit dem Slogan „Koalition der Mitte“.

Die Mittelschicht hätte also die Macht, die Gesellschaft so zu gestalten, dass es ihr selbst blendend geht.

Doch es passiert genau das Gegenteil: Permanent stimmt die Mittelschicht für Reformen in der Steuer- und Sozialpolitik, die ihr selbst schaden und die nur den Reichen nutzen.

Dies soll ja kein Proseminar über den deutschen Sozialstaat werden, daher nur ein paar Beispiele.

Als erstes die Einkommenssteuer. Ausgerechnet Rot-Grün hat den Spitzensteuersatz von 53 auf 42 Prozent gesenkt. Und wie der Name Spitzensteuersatz schon sagt: Ihn zahlen nur die Spitzenverdiener.

Nun könnte man ja denken, was sind schon 11 Prozentpunkte, die gestrichen wurden?

Tatsächlich war es jedoch eine historische Zäsur.

Die moderne Einkommenssteuer, wie wir sie kennen, wurde 1920 eingeführt. Von einem Politiker namens Matthias Erzberger, der wenig später ermordet wurde, aber nicht deswegen.

Damals lag der Spitzensteuersatz bei 60 Prozent. Und in dieser Höhe blieb er auch, durch alle historischen Wirren hindurch.

Selbst unter Ex-Kanzler Helmut Kohl, der nun wahrlich nicht als Sozialist bekannt ist, lag der Spitzensteuersatz lange Jahre bei 56 Prozent.

Bis es ausgerechnet dem SPD-Kanzler Gerhard Schröder plötzlich einfiel, dass 42 Prozent doch eigentlich auch reichen.

Als „Genosse der Bosse“ hat er sich inszeniert, mit Zigarre und Brioni-Anzügen. Er hat die Wähler also nicht getäuscht, nein. Ganz offen hat er das Motto zur Schau getragen: „Reichtum ist geil.“

Nun ist es allerdings nicht fair, nur Schröder das Steuergeschenk für die Reichen anzulasten. Alle Parteien haben mitgemacht. Die Grünen als Koalitionspartner, FDP und CDU im Bundesrat.

Denn alle Parteien waren der Meinung, dass die Mehrheit der Wähler unbedingt die Reichen beschenken wollten.

Eine solches Geschenk für die Privilegierten ist nicht umsonst zu haben. Die rot-grünen Steuerreformen waren sehr teuer und haben die Gesellschaft etwa 60 Milliarden Euro im Jahr gekostet.

In der großen Koalition ging es ähnlich weiter. Beschlossen wurde zum Beispiel die sogenannte Abgeltungssteuer, bei der Kapitalerträge pauschal nur noch mit 25 Prozent besteuert werden. Dies hat den bizarren Effekt, dass Millionäre jetzt ihre Zinserträge niedriger versteuern als viele Arbeitnehmer ihren Lohn.

Und als letztes noch die Erbschaftsteuer. Die jüngste Reform führte dazu, dass Firmenerben überhaupt keine Steuer mehr zahlen müssen, wenn sie es schlau anstellen – selbst wenn sie ein Milliardenvermögen übernehmen.

Dafür wurde aber die Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent erhöht. Irgend jemand muss ja den Staat finanzieren – die Schulen, die Straßen und die Bundeswehr.

Die Mehrwertsteuer aber zahlen alle – und alle zahlen den gleichen Satz.

Die Mittelschicht ist also nicht Opfer. Sie ist Täter. Sie wirktn an ihrem eigenen Abstieg mit.

Spätestens hier kommt immer der gleiche Einwand: Wahlen bringen doch nichts! In Wahrheit würden die Lobbies in den Hinterzimmern der Macht klandestin agieren.

Und es stimmt ja. Lobbyisten und Verbände haben sehr viel Einfluss in Deutschland – aber ihr Einfluss ist nicht grenzenlos.

Jeder Politiker will wiedergewählt werden. Wer die Interessen einer reichen, kleinen Minderheit durchsetzen will, muss die Emotionen der Mehrheit berühren.

Lobbyisten sind nur erfolgreich, wenn sie auf das Selbstbild der Mittelschicht zielen. Sie sprechen deren Träume und Hoffnungen an, bedienen ihre Ängste und Vorurteile.

Konkret: Wenn Lobbyisten Steuersenkungen für die Reichen durchbringen wollen, dann müssen sie der Mittelschicht das Gefühl geben, dass sie ebenfalls zur Elite gehört. Man muss die Mittelschicht zum Selbstbetrug animieren.

Zunächst mag es erstaunen, dass es überhaupt möglich sein soll, der Mittelschicht einzureden, dass auch sie zu den Reichen gehört.

Denn reich ist die Mittelschicht ja nicht. Ihre Reallöhne sinken – und viel Vermögen hat sie auch nicht.

Wie kann man also die Mittelschicht zu dem Selbstbetrug animieren, sie sei der Elite ganz nah?

Drei Mechanismen scheinen ineinander zu greifen.

Da ist zunächst die vehemente Verachtung für die Unterschicht, in der sich angeblich nur verdummte Sozialschmarotzer tummeln.

57 Prozent der Bundesbürger glauben, dass sich Langzeitarbeitslose „ein schönes Leben auf Kosten der Gesellschaft machen“ würden.

Es befriedigt, andere unter sich zu wissen. Denn wenn man selbst nicht ganz unten ist, muss man ja schon fast oben sein. Man hat es geschafft, fühlt sich als Leistungsträger, als Elite.

Da muss der endgültige Aufstieg doch ganz nah sein. Die Mittelschicht – das ist der zweite Mechanismus – glaubt noch immer an die eigene Karriere. Sie fühlt sich fast reich.

Sehr aufschlussreich war eine Umfrage, die die Bundesregierung für ihren dritten Armuts- und Reichtumsbericht von 2008 durchgeführt hat. Dort wurden die Bundesbürger schlicht gefragt, was sie sich eigentlich unter Reichtum vorstellen?

Heraus kam: Bei fast allen beginnt der Reichtum knapp oberhalb des eigenen Einkommens.

Wer 1.500 Euro verdient, der siedelt den Reichtum ab 2.000 Euro an. Wer 3.500 Euro hat, bei dem liegt die Grenze dann vielleicht bei 4.500 Euro.

Jeder fühlt sich also beinah reich. Man muss sich nur ein bisschen anstrengen, so die Idee, und schon hat man es ebenfalls geschafft.

Dieser ökonomische Aufstieg erscheint vielen auch deswegen so naheliegend, weil sie ja bereits einen Aufstieg erlebt haben – einen Bildungsaufstieg. Denken Sie nur an sich selbst: Viele von Ihnen werden bessere Schul- oder Berufsabschlüsse als Ihre Eltern haben.

Stolz wie Sie sind auf Ihre eigene Leistung, übersehen Sie aber das entscheidende Paradox: Noch nie waren die Bundesbürger so gut ausgebildet – und trotzdem sinken ihre Reallöhne.

An der Globalisierung liegt es übrigens nicht, dass Sie plötzlich so wenig verdienen. Denn die Gewinne der Firmen explodieren ja, und diese gigantischen Profite belegen, dass es eigentlich genug zu verteilen gäbe.



Aber viele in der Mittelschicht sind sich schlicht zu fein, sich bei einer Gewerkschaft zu engagieren. Das ist aus ihrer Sicht nur etwas für Arbeiter und für die Unterschicht.

In der Mittelschicht kämpft lieber jeder für sich selbst. Schließlich ist man gut ausgebildet und weiß daher sowieso alles besser.

So weiß die Mittelschicht zum Beispiel, dass die Manager der DAX-Konzerne alle einen Universitätsabschluss haben – und folgert daraus messerscharf, dass man offenbar nur einen Hochschulabschluss benötigt, um Manager zu werden.

Dies ist jedoch ein glatter Fehlschluss. Ein Hochschulabschluss ist zwar nützlich für die Karriere, reicht aber bei weitem nicht aus. Wichtig ist die richtige Herkunft.

Wie Untersuchungen gezeigt haben, stammen die Konzernmanager fast alle aus einer kleinen Oberschicht, die nur ungefähr 3,6 Prozent der Bevölkerung umfasst. Die Elite rekrutiert sich aus sich selbst.

Es ist sehr gängig, eine "Parallelwelt" bei der Unterschicht zu beklagen. Man wundert sich, wieso die Kinder der Unterschicht wiederum in der Unterschicht verbleiben.

Doch bei der Oberschicht ist es genauso. Auch sie hat sich in einer "Parallelwelt" eingerichtet. Wer aus der Oberschicht stammt, wird in der Oberschicht bleiben – die eigenen Leistungen sind da eher unerheblich.

Die Deutschen glauben zwar gern, dass sie in einer sogenannten "nivellierten Mittelstandsgesellschaft" leben würden, tatsächlich ist die Bundesrepublik jedoch eine sehr statische Klassengesellschaft, die wenig echten Aufstieg zulässt.

Warum fällt das nicht auf?

Diese Frage führt zum dritten Mechanismus: Die Reichen rechnen sich systematisch arm.

Deutschland ist ein sehr reiches Land, aber versuchen Sie mal, einen Reichen zu finden!

Jeder Reiche leugnet beharrlich, dass es ihm gut geht, und hält sich für das eigentliche Prekariat.

Gloria von Thurn und Taxis

Die Reichen können sich nur arm rechnen, weil über ihren wahren Reichtum sehr wenig bekannt ist.

In der Statistik klaffen immense Lücken. So werden bei der Einkommens- und Verbrauchstichprobe keine Haushalte erfasst, die über ein Nettoeinkommen von mehr als 18.000 Euro netto im Monat verfügen.

Zwar machen diese Haushalte nur ein Prozent der Bevölkerung aus – es wirkt also wie eine Bagatelle. Doch dieses reichste eine Prozent besitzt, wie schon erwähnt, schätzungsweise 23 Prozent des gesamten Volksvermögens.

Aus der Statistik verschwinden nicht Milliarden, sondern Billionen. Sie enden in einem Daten-Nirwana, und niemand weiß, wer sie genau besitzt.

Nur weil der eigentliche Reichtum so anonym ist, kann es überhaupt zu dieser sehr merkwürdigen Diskussion über die Manager-Gehälter kommen, die in Deutschland mehrmals im Jahr aufflammt.

Natürlich gibt es keinen Grund, warum der RWE-Chef Jürgen Großmann 7,16 Millionen Euro im Jahr verdienen muss – Sie, als normale Angestellter, müssten dafür 213 Jahre arbeiten. Hätten also schon zu Zeiten Napoleons anfangen müssen.

Trotzdem erstaunt an dem Furor der Debatte, dass eine Tatsache völlig aus dem Fokus gerät: Wie Aktionärsschützer ausgerechnet haben, machen die Bezüge der Manager nur 1,48 Prozent der Konzerngewinne aus.

Da drängt sich doch unmittelbar die Frage auf: Wo bleiben also die anderen 98,52 Prozent? Doch diese Frage wird nie gestellt.

Statt über die wirklich Reichen regt man sich lieber über ihre angestellten Handlanger auf – die Manager.

Diese fehlgeleitete Ignoranz der Mittelschicht ist bequem für die Reichen. Ungestört können sie sich arm rechnen, während sich die Mittelschicht für fast reich hält – und heraus kommt jene fatale Allianz, die zu Steuersenkungen führt, von denen nur die Privilegierten etwas haben.

Steuern gelten sowieso als die allerletzte Zumutung. Oder zahlen Sie etwa gern Steuern? Nein, auch Sie werden zu jenen Leuten zählen, die es für ein Kavaliersdelikt halten, die Steuern zu hinterziehen und das Finanzamt auszutricksen.

Denn in der Mittelschicht ist der Glaube weit verbreitet, dass der Staat sowieso nur den angeblichen Sozialschmarotzern aus der Unterschicht zugute kommt. Also kann man die Steuern doch ruhig abschaffen! Macht gar nichts, wenn davon die Spitzenverdiener am meisten profitieren. Sollen Sie doch Millionen an Steuern sparen, wenn man selbst wenigstens 50 Euro mehr hat.

Diese kollektive Dummheit ist nicht neu, doch neuerdings muss sie auch noch eine Finanzkrise verarbeiten. Wie zu erwarten ist dies bisher gründlich schief gegangen.

Um es noch einmal in Erinnerung zu rufen: Das reichste Zehntel besitzt bereits 61 Prozent des Volksvermögens.

In der Finanzkrise wurde dieses Vermögen durch den Staat gerettet, der Milliarden aufwandte, um die Banken und die Konjunktur zu stützen.

Für die Besitzenden wurde die Finanzkrise damit zum doppelten Geschäft:

Denn der Staat hat ja nicht nur ihr Vermögen gerettet. Er musste dafür auch Schulden aufnehmen – und diese Kredite wurden ihm wiederum von den Vermögenden gewährt, die dafür Zinsen verlangen. Die Besitzenden lassen es sich also auch noch bezahlen, dass ihr Vermögen gesichert wurde! Um diesen Unsinn abzustellen, muss man noch nicht einmal kreativ werden. Es reicht ein Blick in die Geschichte. Schließlich gab es ab 1929 eine ganz ähnliche Weltwirtschaftskrise. Und die international beste Lösung hieß damals „New Deal“, erfunden und begonnen vom US-Präsidenten Roosevelt.

Am Ende lag der Spitzensteuersatz bei 79 Prozent, die Erbschaftsteuer bei 77 Prozent.

Das Ergebnis war ein immenses Wirtschaftswachstum, das sogar den Reichen zu Gute kam, obwohl sie so viel Steuern zahlen mussten.

So drastisch müssten die Steuersätze diesmal gar nicht steigen, denn damals war ja auch noch ein zweiter Weltkrieg zu finanzieren. Doch die Lehre aus diesem historischen Experiment namens „New Deal“ gilt auch heute noch: Gerade der Kapitalismus kann ohne einen starken Staat auf Dauer nicht funktionieren.

Ich weiß, was Sie sich jetzt fragen. Es ist immer die gleiche Frage: „Und wen sollen wir jetzt wählen???“

Ihre Ratlosigkeit ist zu verstehen.

Denn letztlich wollen alle Parteien mehr oder minder das Gleiche. Selbst bei der Linkspartei ist zu beobachten, dass sie in die berühmte „Mitte“ rückt und die breite Mehrheit nicht verschrecken will.

Deswegen ist die Frage falsch gestellt. Es geht nicht darum, die passende Partei zu finden – sondern das Passende zu denken.

Parteien führen nicht, sie folgen ihren Wählern.

Wenn die Mittelschicht sich zum Beispiel für einen höheren Spitzensteuersatz aussprechen würde – oder für eine völlige Transparenz bei den Einkünften – Sie könnten sicher sein, dass sich alle Parteien überschlagen und überbieten würden, diesen Wunsch zu erfüllen.

Zwei Beispiele aus anderen Bereichen:

Nach Fukushima ist Deutschland innerhalb von einer Woche aus der Atomkraft ausgestiegen – dabei waren die Laufzeiten der Reaktoren gerade erst verlängert worden.

Aber Kanzlerin Merkel wusste genau, dass die Mehrheit der Deutschen gegen Atomkraft ist – und dass dies auch wahlentscheidend würde.

Ein viel harmloseres Beispiel: Auch die CSU hat jetzt eine Frauenquote – obwohl die Frauen in der CSU gar keine Quote wollten. Aber Parteichef Seehofer wusste genau, dass viele Frauen nur noch Parteien wählen, wenn Frauen dort in Sicht sind.

Die Mittelschicht muss also gar nicht demonstrieren, sie muss auch nicht in Occupy-Zelten campieren – es reicht, dass sie ihre Meinung ändert. Und dies in Umfragen deutlich wird.

Das ist doch eigentlich eine gute Nachricht.

*Wer mehr wissen will:*

*Ulrike Herrmann, „Hurra, wir dürfen zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht“ (Westend, 2010)*

*Ulrike Herrmann ist wirtschaftspolitische Korrespondentin der taz, Berlin*